Institut Solidarische Moderne

Neu beginnen!

Überlegungen zur Organisation gesellschaftlicher Mehrheiten

Ereignishafter, bewegter kann ein Jahresbeginn kaum sein. Vier Tage nach den Anschlägen auf Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt beteiligten sich in Paris fast vier Millionen Menschen an der größten Demonstration seit dem Mai 1968. Für die knapp zwanzig Minuten der TV-Aufnahmen stellten sich wirkungsvoll mehrere Regierungschefs an seine Spitze, die große Mehrheit der Demonstrant_innen des 11. Januar jedoch brachte ihren eigenen Willen zur Verteidigung fundamentaler demokratischer Rechte zum Ausdruck. Auch deshalb konnte die Dresdner Pegida-Bewegung davon nicht profitieren, waren und sind die Gegendemonstrationen zur rechtsautoritären Revolte doch deutlich immer stärker.

Ein kurzer Sprung voran zum 25. Januar. In den griechischen Parlamentswahlen errang das Linksbündnis Syriza einen überwältigenden Sieg, verfehlte die absolute Mehrheit um zwei Sitze. Den hinter der neoliberalen Troika versammelten EU-Regierungen weht seither ein scharfer, in solchem Maß überhaupt noch nie verspürter Gegenwind ins Gesicht. Am 31. Januar folgten 300.000 Spanier_innen einem Demonstrationsaufruf des dortigen Linksbündnisses Podemos. Die spanischen Parlamentswahlen sind auf den November terminiert, Podemos hofft, es Syriza dann gleichtun zu können. Der Ausgang der Wahlen wird entscheidend an dem hängen, was Syriza bis dahin erreicht – oder nicht erreicht haben wird. Das aber ist keine Frage, die allein in Griechenland entschieden werden kann. Es ist eine Frage, die sich in ganz Europa, die sich auch und gerade uns stellt.

Umbruch oder eher nicht

Die Diskussionen der letzten Summer Factory des ISM standen unter dem Titel „Von einem Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt“. Der Beginn des Jahres 2015 spricht dafür,

Dresdener Str. 11 | 10999 Berlin | Tel: 030/ 21 46 98 03 | Fax: 03212/ 1 28 66 97 | E-Mail: info@solidarische-moderne.de
www.solidarische-moderne.de | www.facebook.com/solidarische.moderne | Twitter: @ism_e_v

dass sich das schneller als gedacht ändern könnte. Sicher aber ist das keineswegs. Von Pegida haben wir schon gesprochen, die europaweiten Stimmengewinne rechter und rechtsradikaler Parteien liegen erst wenige Monate zurück. In Berlin regiert die Große Koalition weiterhin unangefochten. Sie wird von Strömungen getragen, die sich dem gesellschaftlichen Bewusstsein, den gesellschaftlichen Stimmungslagen, den politischen wie den Lebenserwartungen ungezählter Einzelner tief eingeprägt haben. Zugleich wirken die Dynamiken der ökonomischen wie der ökologischen Krise und der postdemokratischen Aushöhlung des Politischen ungebrochen fort.

Dennoch hat die Große Koalition das neoliberale Projekt wieder auf seinen – wenn auch nach wie vor schlingernden – Kurs gebracht. So gibt zumindest der sozialdemokratische Teil der Koalition an, die wachsende Kritik am Neoliberalismus verstanden und zu seiner Sache gemacht zu haben. Dabei geht es um die Zurücknahme „unzumutbarer Härten“ und um längst überfällige „Korrekturen“ an den „schmerzhaften Reformen“ der Vergangenheit. Dafür soll die „Energiewende“ stehen, dafür stehen allem voran der sozialdemokratische Mindestlohn und die Rente mit 63. Dazu gehören aktuell vereinzelte Bekundungen eines zaghaften „Verständnisses“ für die griechische Wahlentscheidung, die bei dieser Gelegenheit sogar als „Referendum“ anerkannt wird.

Die Politik der Großen Koalition zielt allerdings nicht auf einen „Politikwechsel“, sondern soll den bisherigen Grundkurs durch seine „sozialdemokratische“ Moderation dauerhaft sichern. Mehr noch: Im Verhältnis zur Agenda 2010 zeigt sich, dass sich die „sozial und ökologisch abgefederte“ neoliberale Politik nun endgültig als „alternativlos“ und als vorbildlich für Europa empfiehlt.

Krise um Krise

Die erste Probe aufs Exempel wird nun in der Europapolitik abgelegt. Auch hier gibt es „Korrekturbedarf“, angemahnt vor allen von den „Mitte-Links-Regierungen“ Frankreichs und Italiens. Mit dem Wahlsieg Syrizas sind diese Stimmen lauter geworden. Doch folgen

sie derselben „großkoalitionären“ Logik, sichern zu, bei „Zugeständnissen“ aus Berlin und Brüssel eigene Agenda-Reformen zügig umzusetzen.

Die zweite Probe aufs Exempel absolviert das sozialdemokratische Wirtschaftsministerium in den Verhandlungen um CETA und TTIP. Angekündigt wurde schon, dem als Blaupause für die umfassendere TTIP dienenden CETA-Abkommen zuzustimmen. Auch hier ist natürlich von der einen oder anderen „Nachbesserung“ die Rede, der „Investorenschutz“ aber und die ihn exekutierendem Schiedsgerichte sind „alternativlos“ hinzunehmen.

Die düstersten Perspektiven betreffen die Außen- und Verteidigungspolitik. Kriegseinsätze und konfliktverschärfende Sanktionen werden als ebenso „alternativlos“ verkündet wie die Austeritätspolitik. Entsprechende Entscheidungen fallen in Gremien ohne jede demokratische Legitimation und werden umgehend umgesetzt. Dabei drückt sich die Verwilderung der Weltverhältnisse in furchtbarer Weise auch in dem aus, was massenmedial als „Flüchtlingsproblem“ gehandelt wird. Doch ist dieses Problem, um das unmissverständlich festzuhalten, das Problem der wortwörtlich mörderischen deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik, die sich im FRONTEX-Regime manifestiert. Es ist damit ein Problem des institutionellen, schließlich des gesellschaftlichen Rassismus: außer der schon erwähnten Pegida-Bewegung wird mittelfristig von der AfD zu sprechen sein. Hier kann an die Spontaneität des Widerstands gegen Pegida angeknüpft werden. Dasselbe gilt von der nach wie vor breiten Ablehnung der zunehmend aggressiven Außenpolitik, den Osterweiterungskurs der NATO, die stete Ausweitung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, den massiven Widerspruch gegen Waffenexporte.

Mehrheitsfragen

Bei der letzten Bundestagswahl entfiel rein numerisch rund die Hälfte, damit aber zumindest tendenziell die Mehrheit aller Wähler_innenstimmen auf die rot-grün-roten Parteien. Diese Mehrheit ist heute, da täusche sich niemand, nicht die einer rot-grün-roten Politik. Ein erheblicher Teil der SPD- wie der Grünen-Wähler_innen standen und stehen für die

schwarz-rote oder eine schwarz-grüne Option. Diese Einstellungen werden von noch einmal breiteren gesellschaftlichen Milieus geteilt. Bleibt der andere Teil der rot-grünen Wähler_innen. Wie viele andere sind sie weder mit der schwarz-roten noch mit einer schwarz-grünen Option einverstanden. Wie viele andere ziehen sie eine linke Option vor, wären für einen nach links gerichteten Bruch mit der neoliberalen Politik zu gewinnen. Allerdings müssen dazu politisch inhaltliche, programmatische und, nicht zu vergessen, organisatorische Alternativen deutlich sichtbarer werden, als sie das aktuell sind. Der Beginn dieses Jahres und sein weiterer Verlauf könnten hier entscheidende Veränderungen bringen.

Eine erste Voraussetzung wäre eine rot-grüne Opposition zur Großen Koalition, die sich programmatisch ausweist und zugleich als eine solche organisiert. Die zumindest spontan gleichsinnigen Reaktionen der LINKEN wie der Grünen auf den Ausgang der griechischen Wahl zeigen an, wie hier vorzugehen und was zu verstärken wäre. Denn der Umbruch, der noch nicht eingetreten, doch seit langem überfällig ist, kann nur ein europäischer und europapolitischer sein. Programmatisch muss er auf eine soziale, ökologische und kulturelle Transformation zielen. Sie muss zugleich eine demokratiepolitische Transformation sein, muss zum Prozess einer Demokratisierung der Demokratie werden. Deshalb ist der Wechsel der Mehrheit zuerst und vor allem anderen eine gesellschaftliche Frage.

Rot-Grün-Rot

Das gilt auch und gerade für die Crossover-Konstellation Rot-Grün-Rot: Auch sie muss zuerst gesellschaftlich, nicht parteipolitisch ausgedeutet werden. Die drei Farben stehen nicht einfach für bestimmte Parteien.

So steht das in der Mitte platzierte „Grün“ nicht nur für die bedingungslose Anerkennung des ökologischen Charakters des Umbruchs. Es steht auch für die Ausrichtung eines solidarisch-modernen Politik- und Pfadwechsels an Lebensweisen, die den in den letzten Jahrzehnten erstrittenen Veränderungen der Geschlechter- und Generationenverhältnisse ebenso entsprechen wie der Realität einer längst transnationalen Gesellschaft. „Grün“ steht

auch für die Freiheitsmomente, die den in sich mehrdeutigen Individualisierungsprozess des gleichen Zeitraums maßgeblich mitbestimmt haben.

Das zwei Mal genannte „Rot“ zielt auf die im engeren Sinn „sozialen Fragen“ der meisten hier lebenden Menschen. Das erste „Rot“ meint Veränderungen, die von der großen Mehrheit aller Beschäftigten schon ebenso lange eingefordert werden wie von allen, die einen freien und gleichen Zugang zu einer sozialen Infrastruktur, öffentlicher Güter, Dienstleistungen und Garantien einfordern: in der Gesundheit, der Bildung, im Wohnen, im Verkehr, in der Alterssicherung, in der Kultur, in den sozialen und politischen Rechten.

Das zweite „Rot“ steht für die immer lauter werdenden Fragen nach einer grundlegenden Demokratisierung auch und gerade der Wirtschaft – in nationaler, europäischer und globaler Dimension. Auch diese Fragen sind nicht das Eigentum einer bestimmten Partei, sondern zuerst und vor allem gesellschaftliche Fragen: Fragen einer möglichen gesellschaftlichen Mehrheit.

Der wunde Punkt

Wenn ein solidarisch-moderner Politik- und Pfadwechsel an einer rot-grün-roten gesellschaftlichen Mehrheit hängt, dann müssen wir lernen, die Mehrheitsfrage zu stellen. Sie ist eine programmatische, auch eine theoretische, sie ist vor allem aber und immer auch eine praktische Frage. Ihre Antwort kann sie nur in einer lebendigen, in einer streitbaren Demokratie finden. Diese Demokratie kann sich letztlich nur selbst in Bewegung setzen, kann ihren Anspruch auf demokratische Willensbildung und demokratische Selbstbestimmung nur selbst zur Geltung bringen, gegen die seit langem schon entpolitisierten, postdemokratischen Verhältnisse. Wir aber können heute und morgen schon nach ersten Formen eines solchen Neubeginns suchen, wir können mit ihrer Erprobung beginnen. Solche neuen Formen der politischen Verständigung und des politischen Handelns müssen die Kritiken einer unglaubwürdig gewordenen politischen Repräsentation aufnehmen. Sie müssen zu-

gleich geeignet sein, den erforderlichen Umbruch nach Möglichkeit auch zur Sache von Gesetzgebung und Regierungshandeln zu machen.

Es gibt dafür noch kein Modell, die griechischen und spanischen Experimente bilden allenfalls Ausgangs- und Markierungspunkte. An Griechenland sind nicht nur die parteipolitischen, sondern auch die Experimente interessant, für die *Solidarity for all* steht: die Bewegung einer gesellschaftlichen Selbstorganisation, die den Raum der Nachbarschaft und des Alltags mit dem nationalen und dem transnationalen Raum verknüpft und „ihrer" Partei darin eine wichtige, doch nur beschränkte Rolle zuweist.

Ein uns näherliegendes Beispiel sind die Möglichkeiten, die sich im Raum der Kommunal-, vielleicht sogar der Landespolitik ergeben. Die erste Voraussetzung dafür ist, dass der Akzent einer solchen Kommunal- und Landespolitik auf gesellschaftliche Umbrüche und nicht nur auf Kabinettspolitiken im Rahmen des Möglichen gelegt wird. Dazu müssen die Grenzen, die dem Regierungshandeln in Kommunen und Ländern einstweilen gesetzt sind, transparent gemacht werden. Mehr noch: sie müssen politisiert werden, sie müssen zur Disposition gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gestellt werden. Rot-grüne, rot-rote und rot-grün-rote Koalitionen sind gerade an dieser Stelle weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben. Sollen die Grenzen institutioneller Politik verschoben, sollen sie gar überschritten werden, brauchen wir starke Gewerkschaften und starke soziale Bewegungen. Wir brauchen zugleich den transnationalen Widerspruch auf der Straße, wir brauchen Foren des Widerspruchs wie die Blockupy-Bewegung.

Und: Wir brauchen Orte und Gelegenheiten, ihre Erfahrungen zu diskutieren, Orte und Gelegenheiten auch, um aus diesen Erfahrungen und ihrer Diskussion die notwendigen praktischen Schlüsse zu ziehen. Das Institut Solidarische Moderne ist zu einem dieser Orte geworden. Wir wollen ihn weiter ausbauen.

Vorstand des ISM, 9. Februar 2015

Dresdener Str. 11 | 10999 Berlin | Tel: 030/ 21 46 98 03 | Fax: 03212/ 1 28 66 97 | E-Mail: info@solidarische-moderne.de
www.solidarische-moderne.de | www.facebook.com/solidarische.moderne | Twitter: @ism_e_v